Horst Möller

Lassen sich die deutsche und die französische Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg vergleichen?

Methodische Überlegungen

Die Dritte Republik endete in Frankreich nach fast siebenzigjähriger Dauer 1940, die Weimarer Republik nach nur vierzehnjährigem Bestehen schon 1933. Wenngleich beide politischen Systeme Teil an der strukturellen Instabilität hatten, die die parlamentarischen Demokratien der Zwischenkriegszeit heimsuchte, besaß ihr Scheitern doch sowohl in Deutschland als auch in Frankreich jeweils spezifische Ursachen. Doch griffe es zu kurz, den Untergang der Weimarer Demokratie nur auf nationale ökonomische, gesellschaftliche und politische Faktoren, den der Dritten Republik nur auf außenpolitische bzw. die militärische Niederlage zurückzuführen, und damit von vornherein ihre Unvergleichbarkeit zu konstatieren. Schon die hier verwendeten Kategorien reichen nicht aus, war doch der *Etat Français* des Marschalls Pétain ohne innenpolitische Voraussetzungen ebenso wenig denkbar wie der Niedergang der Weimarer Demokratie ohne die militärische Niederlage Deutschlands, die zu ihrer Gründung führte, sowie die außenpolitischen Belastungen, die aus ihr folgten. Allerdings wäre es auch irreführend, den Schluß zu ziehen, in beiden Fällen sei der Niedergang des politischen Systems bloß Folge außenpolitischer Bedingungen und einer militärischen Niederlage gewesen. Mit anderen Worten: Die sektorale Isolierung einzelner Faktoren und ihre bloß formale Gewichtung genügen für einen Vergleich nicht. Andererseits ist es kaum möglich, angesichts der Unterschiede ohne vorherige Analyse der Schlüsselphänomene politisch-soziale Gesamtsysteme zu vergleichen, zumal sie alles andere als statisch sind und ihre Entwicklung auch bei strukturellen Ähnlichkeiten nur selten parallel verläuft.

Gerade hierin liegt die Herausforderung einer wirklich komparatistischen Forschung: Die Sammlung von Material über Analogien und Divergenzen in Gesellschaft und Wirtschaft, wie sie üblicherweise vorgenommen wird, ist keineswegs selbst der Vergleich, sondern bildet lediglich eine Vorstufe. So sind beispielsweise quantitative Erhebungen über Geburtenrate, Frauenarbeit, Wachstumsraten, Inflation, Bruttosozialprodukt durchaus interessant, doch stellt sich die Frage: Was sagen sie aus? Ist die Demokratie in Deutschland gescheitert, weil Frankreich eine geringere, Deutschland eine höhere Geburtenrate gehabt hat? Daten dieser Art gewinnen ihre Aussagekraft also nur im jeweiligen Kontext.

Aber auch Elemente der Verfassungsordnung bilden nur dann instruktive Analogien, wenn ihre funktionale Bedeutung und ihre jeweilige aktuelle Anwendung vergleichbar sind. Dies gilt beispielsweise für die Notverordnungen der Weimarer Republik und die *Décrets lois* in Verfassungsrecht und -praxis der Dritten Repu-

blik, bei denen auf den ersten Blick zwar Ähnlichkeiten erkennbar sind, deren verfassungspolitische Wirkung für den Vergleich aber einer Kontextualisierung bedarf. Trugen solche verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zur Stabilisierung oder Destabilisierung der parlamentarischen Demokratie bei? Gibt es zeitliche Unterschiede zur Beantwortung dieser Alternative, hängt die Bewertung vom Anwendungsgegenstand, also den Inhalten der jeweiligen gesetzvertretenden Verordnungen ab? Allein schon für den deutschen Fall sind differente Aussagen möglich: Die Notverordnungen des Reichspräsidenten Ebert, die 1923 unter anderem dem Inflationsausgleich bei Beamtengehältern sowie der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen dienten, hatten eine notwendige sozialpolitische Komponente, wirkten also durch Verminderung zusätzlichen Konfliktpotentials gesellschaftspolitisch, aber auch reichspolitisch stabilisierend. Die Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg, die nach 1930 die systemgewollte Balance der obersten Verfassungsorgane veränderten bzw. aufhoben, wirkten destabilisierend auf die demokratische Struktur. Aber mit dieser Feststellung ist die Frage noch nicht beantwortet, ob nicht auch die stabilisierende Notverordnungspraxis Eberts einen fatalen Effekt, nämlich die Gewöhnung an eine präsidiale Reserveverfassung, zur Konsequenz hatte. In Frankreich aber sind solche Effekte nicht eingetreten. Es bleibt also zunächst nur die Frage, ob die Verschiebung legislativer Kompetenzen auf die Exekutive in beiden Fällen eine Schwächung des Parlaments bewirkt hat, was im Hinblick auf die Krise des parlamentarischen Systems eine sinnvolle Vergleichsebene darstellt.

Dies gilt nicht minder für andere Teilprobleme, die verschiedene Formen des gouvernementalen Krisenmanagements in Deutschland und Frankreich betreffen, beispielsweise die Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten, die in Deutschland fast schon als normaler Ausweg aus einer Regierungskrise angesehen, in Frankreich von der Kammer aber schon seit 1877 nahezu als Staatsstreich betrachtet wurde, zumindest aber als drohender Präsidialabsolutismus. In der Weimarer Republik hingegen herrschte eine nur schwer erklärbare Furcht vor einem vermeintlichen „Parlamentsabsolutismus“, was zur Entstehung und Entwicklung des „Semiparlamentarismus“ (Karl Dietrich Bracher) wesentlich beigetragen hat. Alexandre Millerands Reformversuche des parlamentarischen Systems bilden während der 1920er Jahre ein Beispiel dafür, daß es Bestrebungen gab, diese Differenz aufzuheben und zu einer Regelung des Verhältnisses von Präsident, Parlament und Regierung zu gelangen, die sich in Deutschland tatsächlich nicht bewährt hat. Die Frage der Regierungsbildung, des Regierungsturzes, der parlamentarischen Regierungsstabilisierung, die Bildung von Kabinetten mit nur schwacher oder keiner Parteibindung (Regierung Cuno), die Integrationskraft der politischen Parteien, sind Themenfelder, die die verfassungsrechtliche Thematik in Hinblick auf ihre verfassungspraktische Funktionstüchtigkeit erweitern.

Steht die finanzielle Sanierungspolitik Raymond Poincarés seit 1926 in Methoden und Formen in Analogie zur Währungsreform 1923/24 in Deutschland oder zur Finanzpolitik Heinrich Brünings seit 1930? Ist das Vichy-Regime – trotz der zeitlichen Verschiebung – vergleichbar mit den deutschen Präsidialregierungen 1930 bis 1933? Welche Bedeutung besitzen die chronologische Differenz, die unterschiedliche Intensität und die politische Auswirkung der Weltwirtschaftskrise

in beiden Staaten? Welche Rolle spielte schließlich der unterschiedliche Zeitpunkt des Endes der Demokratie, zumal es in andere internationale Kontexte fiel? Kann ein Vergleich zwischen Krisensymptomen erfolgen, die ihrerseits Jahre auseinanderliegen? Bilden die trotz aller Krisen demokratische Zwischenkriegszeit Frankreichs und die in Demokratie und Diktatur zweigeteilten beiden Jahrzehnte Deutschlands überhaupt eine in sich geschlossene, also vergleichbare Epoche beider Länder? Bedingt die chronologische nicht auch eine kausale Differenz?

Handelt es sich bei manchen Ähnlichkeiten nicht um Zufälle ohne jede historiographische Aussagekraft – Ähnlichkeiten, die nur auf den ersten Blick verblüffen? Ein Beispiel dieser Art ist die Tatsache, daß beide Demokratien – nach systemkonformen Vorgängern – unter der Präsidentschaft eines Feldmarschalls des Ersten Weltkriegs endeten – der Präsidentschaft eher apolitischer Militärs, die nicht allein durch ihr Alter ungeeignet waren, sondern als reaktionär-restaurative Wende gegen die demokratische Verfassungsordnung und folglich als eine offene Kriegserklärung an die parteienstaatlich organisierte Demokratie überhaupt anzusehen sind?

Besaß die Bildung von Kabinetten der „nationalen Konzentration“ bzw. das Volksfrontbündnis jenseits ihrer ideologischen Differenz nicht doch die Gemeinsamkeit, auf Krisensituationen integrations-ideologisch zu antworten? Hier wie in den anderen Beispielen ist es zweifellos möglich, mit guten Gründen jeweils auf die Ähnlichkeiten oder die Divergenzen zu setzen. Bleibt also nur der Rückzug auf plakative Aussagen über die jeweils unterschiedlichen Wege – Wege, deren Ergebnis unbestreitbar ist? Deutschland endete in einer nach innen und außen terroristischen, einer autonomen Führer- und Parteidiktatur, das seit 1940 geteilte Frankreich aber in einer – von dieser zeitweilig siegreichen Diktatur abhängigen – eher autoritär-etatistischen Staatsform.

Grundsätzlich gilt: Ein sinnvoller historischer Vergleich bezieht sich nicht auf Formen, die ausschließlich oder wesentlich durch Divergenzen charakterisiert sind, er bezieht sich aber ebensowenig auf offenbar Identisches: „Gleichsetzung“ ist also keineswegs die Aufgabe historischer Komparatistik, obwohl in der öffentlichen Diskussion über Diktaturvergleiche diese unsinnige Annahme eine besondere, politisch motivierte und instrumentalisierte Zählebigkeit besitzt. Vielmehr dient jeder geschichtswissenschaftliche Vergleich neben der Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten und Analogien gerade auch der Erkenntnis von Unterschiedenem, von Singulärem.

Doch setzt auch die unter solchen Voraussetzungen naheliegende, im Vorwort erwähnte These, Deutschland habe einen Sonderweg zur verfassungspolitischen Modernisierung beschritten, der – mehr oder weniger zwangsläufig – in die nationalsozialistische Diktatur geführt habe, logisch einen impliziten Vergleich und einen auf diese Weise postulierten, aber eben nicht analysierten europäischen „Normalweg“ voraus, der die Bewahrung der Demokratie ermöglicht hätte. Beide Thesen – Normalweg und Sonderweg – stellen ahistorische Konstrukte dar, wenn man in ihnen anderes und mehr sieht als eine epochenspezifische Interpretation oder einen Idealtyp nationaler Modernisierung im europäischen Kontext.

Eine heuristisch sinnvolle Verwendung eines solchen Idealtyps setzt eine historisch vergleichende Analyse der Krise der europäischen Demokratien zwischen

den Kriegen voraus, die typologisch Ähnlichkeiten und Unterschiede derjenigen europäischen Demokratien herausarbeitet, deren Krisenlösungskapazität während der 1920er und 1930er Jahre ausreichte, die Demokratie zu bewahren; und ebenso müßte die korrespondierende Typologie derjenigen Demokratien erarbeitet werden, die scheiterten. Allerdings bedürfen beide Alternativen der weiteren Differenzierung, bedeutete doch weder die Auflösung der Demokratie zwangsläufig eine totalitäre Parteidiktatur, noch die Erhaltung des Rechtsstaats notwendigerweise Stabilität des parlamentarischen Systems: Die Krise der Demokratie konnte in einem Fall zur Diktatur führen, wie in Italien und Deutschland, im anderen zu autoritären Lösungen wie in Polen oder Österreich. Sie konnte den Parlamentarismus aushöhlen, aber den Rechtsstaat bewahren wie im Falle der Präsidialregierung Brüning. Insofern führt die Auflösung der Demokratie nicht zwangsläufig zur nationalsozialistischen Diktatur, auch in Deutschland waren zwischen 1930 und 1933 noch andere Möglichkeiten denkbar. Daß es so kam, wie es kam, stellt tatsächlich eine singuläre „Lösung“ dar, die insofern mit kaum einem anderen nationalen Weg aus der Krise vergleichbar ist, und auch mit dem italienischen Faschismus nur bedingt: Es ist also nicht das Ergebnis, das verglichen wird, sondern die gemeineuropäische Krise und ihre Voraussetzungen in den beiden trotz aller Gegensätze und Konflikte unauflöslich aufeinander bezogenen Nachbarländern Deutschland und Frankreich; ohne deren Wechselverhältnis ist der Verlauf der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts nicht erklärbar.

Schließlich sind die jeweils unterschiedlichen nationalen historischen Voraussetzungen, Chronologien und geographischen Kontexte, vor allem aber die Entstehungsbedingungen der demokratischen Verfassungsordnungen seit dem 19. bzw. frühen 20. Jahrhundert zu berücksichtigen. Und auch bei der Größe der europäischen Staaten handelt es sich nicht allein um ein quantitatives, sondern ein qualitatives Problem. Dafür war keineswegs nur die traditionelle Rolle und aktuelle Funktion der Mächte in der europäischen Staatenordnung von Belang, sondern ebenso sehr die durch ihre jeweilige Größe mitbedingte gesellschaftliche und ökonomische Struktur. Der soziale Wandel, die Inflation, Arbeitslosigkeit und Weltwirtschaftskrise wirkten sich in großen Industriestaaten anders und ungleich nachhaltiger aus als in kleinen Ländern oder in Agrarstaaten. Mit anderen Worten: Aufgrund dieser Differenzen sind für die Krise der parlamentarischen Demokratien zwischen den Kriegen nicht allein Typen zu bilden, sondern auch Hierarchien der Vergleichbarkeit. Für einen stringenten Vergleich scheiden beispielsweise Staaten aus, deren Diktatur nicht aufgrund eines Scheiterns der Demokratie entstanden ist, etwa Sowjetrußland: Vergleichbar ist in diesem Fall nur die Diktatur selbst, also die nationalsozialistische und die kommunistische. In diesem Sinne unvergleichbar sind aber auch kleine Staaten wie beispielsweise Luxemburg mit führenden Großmächten und Industriestaaten wie Großbritannien, selbst wenn sich die Demokratie letzten Endes in beiden Fällen als stabil erwiesen hat.

Auf der anderen Seite unterliegt es keinem Zweifel, daß die Instabilität der parlamentarischen Demokratien das Signum der Zwischenkriegszeit bildete und in einem dialektischen Verhältnis zur Instabilität der internationalen Ordnung stand

– gerade in der Krise bestand der „Normalweg“. Die Abweichungen ergaben sich vor allem daraus, ob und wenn ja, wie die Krise jeweils gemeistert werden konnte. Die Differenzen resultierten schließlich aus der entscheidenden Frage, was für ein Typus von autoritärem Etatismus oder ideologischer Diktatur die Antwort auf die Krise bildete.

Trotz aller Probleme ist der Vergleich aber historisch und begrifflich legitimiert und sogar notwendig, weil die geschichtliche Entwicklung eine solche Fülle von Parallelen aufweist, daß sich zwangsläufig die Frage stellt: Warum endete ein Land in einer Diktatur, das andere in einer Demokratie? Auch der Begriff Europa ist keineswegs nur eine geographische Bezeichnung, sondern inhaltlich, strukturell und wertorientiert definiert. Zumindest der größere Teil der europäischen Staaten besitzt gemeinsame christliche und abendländische Traditionen und Wertorientierungen, über Jahrhunderte vergleichbare und aufeinander bezogene politische, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, die zu den historischen Voraussetzungen und Bedingungsfaktoren der Geschichte des 20. Jahrhunderts gehören. Und auch bestimmende Faktoren des 19. und 20. Jahrhunderts wie Nationalstaatlichkeit und Nationalismus waren den europäischen Staaten bei aller Feindseligkeit, die sie wechselseitig auslösten, doch gemeinsam. Die politische Modernisierung der europäischen Verfassungs- und Gesellschaftsordnungen seit Absolutismus, Aufklärung und Französischer Revolution von 1789, die schließlich bis zum frühen 20. Jahrhundert in mehr oder weniger differenzierter Form zu Parlamentarisierung, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und zur Entwicklung der Massendemokratie führte, bildete ebenso eine fundamentale Gemeinsamkeit wie – paradox genug – die demographischen, ökonomischen, sozialen und mentalen Verheerungen, die der Erste Weltkrieg – die „Ur-Katastrophe“ (George F. Kennan) des 20. Jahrhunderts – in den europäischen Staaten anrichtete; und das galt in besonderem Maße für Deutschland und Frankreich. Auch die Verwendung des Begriffs Europa impliziert mit den Identifikationen, die dazu notwendig sind, Vergleiche. Es kommt also wesentlich darauf an, aus dem impliziten zu einem methodisch reflektierten expliziten Vergleich zu kommen.

Der epochenspezifische Charakter der Krise der Demokratie erfordert ebenfalls den Vergleich, zum einen wegen der aktuellen Voraussetzungen der Jahre nach 1919, die für die beteiligten Großmächte, insbesondere aber Deutschland und Frankreich, ähnliche ökonomische, finanzielle und soziale Kriegsfolgen brachten, zum anderen aufgrund der strukturellen Analogien, die die Transformation der politischen Systeme zu Massendemokratien kennzeichnen, die sich diesen neuen Herausforderungen der materiellen Krisenbewältigung in antagonistischen Klassengesellschaften stellen mußten. Schon 1921 konstatierte James Bryce in seinem Werk „Modern Democracies“: „In der heutigen Form, unter der die politische Macht in den Händen einer repräsentativen Versammlung liegt, weist die Demokratie deutliche Spuren des Verfalls auf. Würde und Einfluß der Parlamente (seien) in fast allen Ländern im Abnehmen begriffen.“ Harold J. Laski, der für eine Sitzung der 1924 in der Schweiz tagenden Interparlamentarischen Union über die Entwicklung der repräsentativen Systeme ein Gutachten anfertigte, führte deren Wandel darauf zurück, daß die Parlamente sich nicht wie im 19. Jahrhundert vornehmlich mit politischen, sondern mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen hätten:

Die Parlamente müßten das politische Gleichgewicht wiederherstellen, das einer umgestalteten Wirtschaftsordnung entspreche. Und nur konsequent war es folglich, daß ein anderer sachverständiger Autor, Moritz Julius Bonn, 1925 in seiner Schrift „Die Krisis der europäischen Demokratie“ zu dem Ergebnis gelangte: „Die Wirtschaftskämpfe, die den Staat zu zerreißen scheinen, führen auf der anderen Seite zu immer gesteigerten Staatseingriffen in das wirtschaftliche Leben. Die Frage des Parlamentarismus ist daher heute nicht nur eine Frage nach der besten Regierungsform; sie ist ihrem innersten Wesen nach die Frage nach der Begrenzung der Staatsaufgaben.“

Tatsächlich handelte es sich bei der europäischen Krise um eine Anpassungskrise der parlamentarischen Regierungssysteme an den sozialökonomischen Strukturwandel, der durch den Krieg in manchen Staaten, darunter vor allem Deutschland, extrem beschleunigt auftrat und durch die wirtschaftlichen Folgelasten des Weltkriegs verschärft wurde. Der Wandel des Parlaments von einer ständisch begrenzten Vertretung zur Repräsentation aller Klassen und Gruppen der Bevölkerung, die wachsende Abhängigkeit der Exekutive nicht mehr von einem konstitutionellen Monarchen, sondern von der Volksvertretung selbst, die Wahlrechtsreformen, die seit dem 19. Jahrhundert eine Demokratisierung des Parlamentarismus bewirkten, veränderten die Aufgabenstellung der ursprünglich „bürgerlich-deliberativen“ Repräsentation: Das Parlament sollte zum demokratisch legitimierten gesellschaftlichen Integrationsinstrument in einer von ökonomischen und sozialen Antagonismen zerfurchten Klassengesellschaft werden. Der Wandel des Parlamentarismus zwingt dazu, die verfassungspolitische durch eine soziologische Betrachtung zu ergänzen. Diese nur so zu erfassenden Charakteristika der Massendemokratie, die in mehr oder weniger drastischer Weise in allen modernen Industriestaaten Europas begegnen, können deshalb zureichend nur als nationale Ausprägungen der europäischen Modernisierungskrise analysiert werden.

- Überblickt man die europäische Staatenwelt nach dem Ersten Weltkrieg, so zeigt sich: Eine erhebliche Zahl der Demokratien erlag bereits während der 1920er Jahre dem Problemdruck. Dazu zählen vor allem mittelost- und südeuropäische Staaten. Autoritäre Regime entstanden in Ungarn 1919, in Polen und Litauen 1926, in Rumänien 1930, in Österreich 1932, in Estland und Lettland 1934; der Balkan blieb während dieser Jahre ein Pulverfaß. Diktaturen entstanden 1917 in Rußland, 1922 in Italien, 1926 in Portugal, 1923 bis 1930 und dann ab 1936 in Spanien, 1933 in Deutschland. Neben den kleineren skandinavischen Staaten, der Schweiz, den Benelux-Staaten und der Tschechoslowakei blieben nur zwei Großmächte Demokratien, Großbritannien und Frankreich, doch wurden selbst diese beiden Staaten nicht von fundamentalen Erschütterungen ihres politischen Systems verschont. Bezeichnend ist, daß die kleineren europäischen Staaten, die demokratisch blieben, im Ersten Weltkrieg neutral waren (folglich auch keine vergleichbaren Folgelasten zu tragen hatten) und allesamt 1918/19 keinen Wechsel von politischen Systemen und Staatsformen erlebt hatten.

Eine zur Erklärung der unterschiedlichen Resistenz der Demokratien unverzichtbare Feststellung betrifft die nationalen politischen Traditionen, die Formen und den Zeitpunkt der Demokratiegründung. Denn tatsächlich blieb unter den

Staaten, die erst 1918/19 zu Demokratien wurden, nur ein Staat, die Tschechoslowakei, von ihrem Scheitern verschont. Anders gewendet: Die tschechoslowakische Demokratie, die als Nationalstaat gegründet werden sollte, doch tatsächlich ein Vielvölkerstaat blieb, in dem keine Nationalität die absolute Mehrheit stellte, wurde nicht von innen her, sondern 1938/39 von außen durch das nationalsozialistische Deutschland zerstört. Die Minderheitenproblematik bildete dafür den Anlaß. Anders als die meisten Staaten, die nach dem Ersten Weltkrieg zu Demokratien wurden, handelte es sich bei der Tschechoslowakei um eine echte staatliche Neugründung, nicht also um eine Wiedergründung wie Polen, eine amputierte Umgründung wie in Österreich oder einen Wandel des politischen Systems wie in den anderen Staaten. Die neugegründeten Balkanstaaten hingegen, die aus dem Nachlaß der Österreich-Ungarischen Doppelmonarchie entstanden, brachten es allesamt aus inhärenten Gründen nicht zu einer längerfristigen demokratischen Entwicklung.

Wenngleich ein politischer Systemwechsel 1918/19 nicht zwingende Voraussetzung für das Scheitern der Demokratie in einem Land wurde, so spielte solch abrupter oder revolutionärer Wandel doch eine wesentliche Rolle. Es ist kein Zufall, daß die „neuen“ Demokratien anfälliger waren als die alten, daß ihre Fähigkeit zur Meisterung der Krise geringer ausgeprägt war und die Antworten radikaler ausfielen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für Deutschland, wo die Revolution 1918/19 nicht allein einen Systemwechsel vom Konstitutionalismus zum Parlamentarismus, sondern auch einen der Staatsform von der Monarchie zur Republik gebracht hatte. Und nicht zu vergessen: Mit und durch die Revolution entstanden in Deutschland auf der Linken wie auf der Rechten extreme politische Bewegungen, die sich aus anfänglichen Splittergruppen infolge krisenhafter Zuspitzungen zu systemfeindlichen Massenbewegungen verstärkten.

Während eine Spielart des Extremismus, der italienische Faschismus, schon 1922 gesiegt hatte, standen am Ende der Krise unter den vier am ehesten vergleichbaren Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien nur diejenigen als Demokratien da, die 1918/19 eben keinen doppelten Systemwechsel erlebt hatten: Großbritannien war längst vor dem Ersten Weltkrieg eine parlamentarische Monarchie gewesen, die durch verschiedene Wahlrechtsformen bis 1911 den Parlamentarismus demokratisiert hatte, Frankreichs Dritte Republik war – wie die Weimarer Republik Jahrzehnte später – zwar ebenfalls aus einer militärischen Niederlage entstanden, hatte am Ende des Ersten Weltkriegs den Wechsel des politischen Systems und der Staatsform aber längst überwunden und sich obendrein 1918 als siegreich erwiesen. Mit der jahrzehntelangen Erfahrung von Krisenbewältigungen und dem Pfunde des militärischen Sieges konnte die Dritte Republik auch in der erneuten und viel schärferen ökonomischen Krise wuchern.

Die Dauer der Dritten Republik hatte schließlich in Frankreich zur Ausbildung einer republikanischen Elite und eines republikanischen Mythos geführt, wie in Großbritannien die außerordentliche Fähigkeit zur permanenten Selbstrekrutierung und Erneuerung der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten innerhalb vorgegebener Traditionen die Krisenlösungskapazität enorm befördert hat, zumal es flexibler Pragmatismus der politischen Kultur erlaubte, situationsadäquat zu reagieren. Der „Mythos von 1789“ – in den Jahrzehnten bis 1870 im-

mer wieder gebrochen und doch fortlebend – bildete in Frankreich ein nationales Selbstverständnis aus, eine im Prinzip von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und allen großen politischen Lagern akzeptierte Legitimationsgrundlage der Dritten Republik, deren soziale Basis, die Bourgeoisie, einschließlich des städtischen Kleinbürgertums, gemeinsam mit der nach wie vor großen ländlichen Bevölkerung – „la France profonde“ – sich ihrer Rolle gewiß war und sich weniger schnell wandelte als in Deutschland. Ähnliches galt für die ökonomische Struktur und damit die Arbeitsbeziehungen.

Wenngleich sich in den metropolitanen Ballungsräumen, vor allem Paris, ähnliche Wandlungsprozesse abspielten wie in Deutschland, verliefen insgesamt doch Industrialisierung und Urbanisierung weniger rasant und regional begrenzter. Neben dem politischen System und der unterschiedlichen Entwicklung der Parteien stellen deshalb die politisch-gesellschaftliche Entwicklung und die totalitäre Versuchung in Krisenzeiten Themenkomplexe dar, die innerhalb des Projekts des Instituts für Zeitgeschichte vergleichend für Stadt und Land untersucht bzw. in weiteren Studien des ergänzenden Colloquiums behandelt wurden.

Infolge politischer Traditionen vor 1914, die einen – zumindest in der damaligen Generationserfahrung – durchaus erfolgreichen Konstitutionalismus ausprägten, zu dessen sozialen Kennzeichen in geringem Maße eine parlamentarische, aber keine republikanische Elite gehörte, stellte die Umbruchssituation 1918/19 in Deutschland eine ungeheure Herausforderung für Politik und Gesellschaft dar. Zur neuen Staatsform, zur neuen Regierungsform, zu den Kriegsfolgen und dem beschleunigten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Wandel, zu dem der Arbeitswelt gehörte, gesellte sich die Notwendigkeit, eine neue gesellschaftliche und politische Elite herauszubilden, deren Selbstverständnis von breiten Schichten als Orientierungs- und Legitimationsgrundlage der Weimarer Republik akzeptiert wurde. Dies hätte nur im Falle glänzender Erfolge ein schneller Prozeß sein können, zumal Elitenbildung normalerweise keine Entwicklung nur weniger Jahre ist, wenn sie strukturell verankert werden soll. Eine tiefgehende Bewußtseins- und Orientierungskrise war die Folge: der Weimarer Republik stand kein vergleichbares Phänomen wie der „Mythos von 1789“, kein laizistischer Republikanismus zur gesellschaftlich-politischen Disposition. Dies bedeutet natürlich nicht, daß es der Weimarer Republik an Ideologien gemangelt hätte, ganz im Gegenteil, nur fehlte eine als verbindlich angesehene Staatsideologie. Anders als die Dritte Republik litt die Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg von Anfang bis Ende unter einem Legitimitätsdefizit.

Insofern spielt in beiden Staaten politisch motivierte Gewalt eine unterschiedliche, im einzelnen zu untersuchende Rolle. Zwar ist Gewaltausübung zur Durchsetzung politischer Ziele angesichts des staatlichen Gewaltmonopols immer illegal, doch ob sie innerhalb der Gesellschaft auch grundsätzlich, ohne Wenn und Aber, als illegal, als krimineller Akt betrachtet wird, ist damit noch nicht gesagt. In jedem Fall handelt es sich aber um ein Krisensymptom, daß in beiden Ländern wiederholt politische Gruppen gewaltsame Aktionen, denen Menschen zum Opfer fielen, unternahmen.

Trotz aller Unterschiede stehen zwei Leitfragen der Forschung in Deutschland und Frankreich in Analogie. Sie lauten: Warum scheiterte die Weimarer Demokra-

tie? Was waren die Ursachen der „Décadence“ der Dritten Republik, die 1940 den so unerwartet rapiden Zusammenbruch einer Großmacht bewirkte, die noch zwei Jahrzehnte zuvor zu den Siegern des Weltkriegs gehört hatte? Von hier aus ergeben sich die erwähnten Schwerpunkte des vergleichenden Forschungsprojekts wie des Colloquiums, in dem dann allerdings auch Themen jeweils für Frankreich oder Deutschland separat behandelt werden, für die komparatistische Forschung erst noch geleistet werden muß bzw. in den Anfängen steckt. Das gilt beispielsweise für die Frage, welche Bedeutung Arbeitskämpfe und politische Streiks in Deutschland und Frankreich während der Zwischenkriegszeit besaßen, für die eine weitere Monographie am Institut für Zeitgeschichte in Vorbereitung ist (Petra Weber). Darüber hinaus gilt es, weitere Desiderate zu untersuchen, beispielsweise die unterschiedliche Bedeutung der Inflation oder die zeitlich verschobene, in der Intensität differenzierte Wirkung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland und Frankreich, die hier nicht zuletzt deshalb ein geringeres Ausmaß erlangte, weil Frankreich in weiten Teilen noch stärker agrarisch strukturiert war. Schließlich bedarf die Frage einer vergleichenden Erforschung, welche Rolle die Außenpolitik – sei es integrierend, sei es desintegrierend – für die politischen Systeme spielte.

Die Beiträge über den Extremismus in ländlichen Gebieten, das Verhältnis von Konfession und politischer Orientierung, die unterschiedliche Entwicklung des Liberalismus, die Anwendbarkeit des Faschismusbegriffs in Frankreich (etwa für die Action française, die Croix de feu oder den in der Forschung diskutierten „ruralen Faschismus“) untersuchen exemplarisch politische Mentalitäten. Politische Kultur beschränkt sich in diesem Vergleich also keineswegs auf die ebenfalls behandelte klassische Thematik: den institutionellen verfassungspolitischen Rahmen mit Reichstag und Chambre des Députés im Mittelpunkt, die differenten Parlamentarismusmodelle und den sich deutlich voneinander abhebenden Partei-begriff, den unterschiedlichen Organisationsgrad der politischen Parteien oder ihr anderes Verhältnis zur Fraktionsdisziplin. Enzyklopädische Vollständigkeit wird hier nicht angestrebt, wohl aber eine reflektierte Auswahl wesentlicher Faktoren, die entweder zur Instabilität der Demokratie in Deutschland oder aber zur größeren Krisenlösungskapazität des demokratischen Systems in Frankreich beitrugen.